

PRESSEMITTEILUNG

Nr.
28.03.2007

Diaspora für die Entwicklung in Herkunftsländern nutzen

Zur Diskussion eines interfraktionellen Antrags zur Nutzung der Potenziale der Diaspora für die Herkunftsländer erklären Thilo Hoppe MdB und Ute Koczy, entwicklungspolitische Sprecherin:

Wir müssen die Diaspora für die Entwicklung nutzen. Was sperrig klingt, gewinnt an Bedeutung. Dem hat die UN im Weltbevölkerungsbericht Rechnung getragen, die EU hat die Diskussion in den Mitgliedstaaten angeregt.

Schon heute betragen die **Überweisungen von Migrantinnen und Migranten in ihre Herkunftsländer** mehr als das Doppelte der Mittel der offiziellen Entwicklungszusammenarbeit. Sie betragen nach Angaben der Weltbank 2005 bereits 167 Milliarden US Dollar. Wir müssen praktische Angebote schaffen, die es preiswerter machen, Überweisungen zu tätigen. Sauer verdientes Geld muss da ankommen, wo es hingehört.

Gerade **Frauen** leisten einen **besonderen Beitrag zur Entwicklung ihrer Heimatländer**. Trotz ihres geringeren Lohnes überweisen sie einen größeren Anteil davon an ihre Familien zurück als Männer. In der Diaspora eröffnen sich zudem vielen Frauen neue Möglichkeiten der Bildung.

Gleichzeitig birgt die Migration für Frauen besondere Gefahren. Geraten sie in die Hände von Menschenhändlern, sind sie verdammt, ein Leben als moderne Sklaven zu führen. 2,45 Millionen Menschen werden jährlich Opfer von Menschenhändlern. 80 Prozent davon sind Frauen oder Mädchen. Migration ist ein globales Phänomen. Sowohl Industrie als auch Entwicklungsländer 'schicken und erhalten' Migrantinnen und Migranten. Dies wird so bleiben und allen Prognosen zu Folge zunehmen. Neben den positiven Effekten der Migration bleibt der Verlust qualifizierten Personals ein Problem. Entwicklungsländer verlieren gerade in wichtigen Sektoren - vor allem im medizinischen Bereich - dringend benötigtes Personal. Hier müssen Lösungen gefunden werden. Dazu brauchen wir vor allem eine größere Flexibilität im Ausländerrecht, die es Migrantinnen und Migranten ermöglicht, zeitweise in ihren Ländern zu arbeiten. Diese Forderung erhob auch Prof. Dr. Rita Süßmuth in der Aussprache im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Der interfraktionelle Antrag hat bewiesen, dass sich die Fraktionen über ideologische Vorbehalte hinweg sich ernsthaft mit dem Spannungsfeld von Entwicklung und Migration befasst haben. Doch gerade bei letzterer Frage bleibt die Diskrepanz zwischen der Koalition und der Opposition bestehen.

mehr zum Thema

Antrag: UN-Wanderarbeiterkonvention endlich ratifizieren
(<http://www.ute-koczy.de/cms/default/dokbin/299/299578@de.pdf>)